

FINSINGER OHRWURM



INFORMATIONEN, MEINUNGEN UND KOMMENTARE

von Ihrem

01. SEPTEMBER '95

SPD - ORTSVEREIN

AUFLAGE: 800

DAS GEWERBEGEBIET

ODER

WER HAT VERSAGT BEIM GEWERBEGEBIET?

Man soll also doch das „kleine“ Gewerbegebiet (7,5ha) Wirklichkeit werden. Alle die gedacht haben, es würde alles unternommen um die Belastungen der mangelhaften Erschließung über Herd- und Föhrenweg abzuwehren, sehen sich jetzt getäuscht.

Noch im Jahr '94 stand im Erläuterungsbericht zur 4. Änderung des Flächennutzungsplanes zu lesen: *„Die seinerzeit vorgesehene Gewerbegebietserschließung über den Föhrenweg und den Herdweg ist heute nicht mehr realisierbar. Durch die Mischgebietsausweisungen an beiden Straßen ist die hier entstandene Wohnbebauung so herangerückt, daß erforderliche Straßenverbreiterungen nicht mehr durchführbar sind; zudem wäre ein Gewerbeverkehr wegen des erforderlichen Anliegerschutzes nicht mehr vertretbar. Bereits heute stellt der Abtransport des Klärschlammes aus der Kläranlage eine erhebliche Belastung für die Anlieger dar.“*

Ein Jahr später gilt dies alles nicht mehr. Wer seine Meinung derartig ändert hat entweder keine Moral oder hat sich zum Werkzeug des großen Investors mißbrauchen lassen.

Was sind die unmittelbaren Folgen?

Die Anwohner an Herd- und Föhrenweg wehren sich zurecht gegen eine Erschließung die bis vor kurzem noch völlig ausgeschlossen wurde. Auf dem schmalen Herdweg soll nun neben dem Schwerlastverkehr des Klärwerks auch noch der Gewerbeverkehr abgewickelt werden. Sowohl der Herd- als auch der Föhrenweg sind und werden weiterhin siedlungsmäßig bebaut und bedürften einer strikten

Verkehrsberuhigung anstatt der Aufnahme einer zusätzlichen Erschließungsfunktion. Über den Föhrenweg wird der zusätzliche Verkehr auch an der Schule vorbeigeführt. Dagegen hatte sich Konrektor Suhre lange Zeit deutlich verwahrt. Plötzlich ist das nicht mehr so schlimm.

Das ganze Gerede, daß der Herdweg bereits bei der Flächennutzungsplan aufstellung im Jahr '68 als Erschließung für das Gewerbegebiet vorgesehen war, kann aus folgenden Gründen nicht stichhaltig sein:

o zum Zeitpunkt der Flächennutzungsplanaufstellung war die Neutrassierung der Staatsstraße 2082 geplant
o noch im Jahre '74 wurden Bauvorhaben am Herdweg eben wegen dieser Trasse abgelehnt
o der Herdweg wäre nicht an die neue Staatsstraße angebunden worden und damit als Erschließungsstraße für Gewerbegebiet und Klärwerk völlig ausgeschlossen.

Das war entgegen den Feststellungen von Bürgermeister und Verwaltung der Planungsstand von '68 bis mindestens 1974.

Denn erst im Jahre '86, wurde bei Genehmigung des neuen Flächennutzungsplanes festgehalten, daß der Herdweg Erschließungsstraße sein soll. Diese praktisch stillschweigende

Umwidmung wollte man den Anliegern jetzt zur Last legen.

Nicht gerade die feine Art!

Wo wurde versagt?

DER GEMEINDERAT HAT SICH VON ANFANG AN NICHT AUF EINE KLARE LINIE FESTGELEGT!

Entgegen den Forderungen der SPD-Räte (siehe GR-Protokoll vom

24.6.91, TOP 331) konnte man sich nicht zu einer einheitlichen Linie gegenüber dem Verhandlungspartner "Isarkies" durchringen.

Im Gegenteil, man versuchte durch ominöse "Gemeinderatsbesprechungen" mit der Fa. Isarkies (wohl um der Öffentlichkeit aus dem Weg zu gehen) Einvernehmen zu erzielen. Man hat praktisch den ersten Schritt vor dem zweiten getan, und die kommunale Planungshoheit dem freien Spiel der Kräfte überlassen.

Anmerkung: Beim Umschwenken auf die jetzt anvisierte kleine Lösung ging man erneut denselben Weg. Man berief eine nichtöffentliche Sitzung ein, bei der die Fa. Isarkies die Räte auf die kleine Lösung einzuschwören versuchten. Die Öffentlichkeit wäre hier ja nur störend gewesen. (Originalton von H. Meierlohr). Einen Geschäftsordnungsantrag von Gemeinderat Gartner auf Fortsetzung der Sitzung in öffentlicher Sitzung wurde von Bürgermeister Krzizok gar nicht zur Abstimmung gebracht. EIN KLARER VERSTOß GEGEN DIE GESCHÄFTSORDNUNG. Wollte er nicht sein Amt um soviel besser ausführen wie sein Vorgänger Buchmann? An sich ein klarer Fall für eine Dienstaufsichtsbeschwerde. Aber es reicht auch, wenn es die Öffentlichkeit überhaupt erfährt.

Fortsetzung auf Seite 4

Inhaltsverzeichnis:

1. Gewerbegebiet: Seite 1
u. 4
2. Kindergarten: Seite 2
3. Volksentscheid: Seite 3
4. repr. Zusammensetzung des GR: Seite 3



ZU WENIG KINDERGARTENPLÄTZE!

ODER

WIE ES MÖGLICH WURDE, DAß ZWEI JAHRE NACH FERTIGSTELLUNG DES NEUEN KINDERGARTENS 27 KINDER BEINAHE KEINEN PLATZ BEKOMMEN HÄTTEN!

Knapp 4 Millionen Mark hat der neue Kindergarten am Buchenweg gekostet! Seit September '93 werden dort zwischen 46 und 50 Kinder betreut. Anfang April '95 erfolgten die Anmeldungen für das Kindergartenjahr 95/96.

Ergebnis: Es finden 27 Kinder keinen Platz in den beiden Kindergärten von Neufinsing.

Wozu wurden eigentlich 4 Millionen Steuermittel ausgegeben, wenn bereits zwei Jahre später so viele Kinder keinen Platz mehr bekommen?

Die Geburtenzahlen waren doch bekannt, und man kann zumindest für 2 Jahre im voraus eine fundierte Prognose über den Platzbedarf erstellen.

Nicht so in der Gemeinde Finsing. Im Gegenteil, noch im April '94 (GR-Sitzung am 25.4.94) verkündete der Bürgermeister auf einer Gemeinderatssitzung, im Jahr '95 würden insgesamt 58 Kinder eingeschult, und damit genügend Plätze für die folgenden Jahrgänge im Kindergarten frei werden.

Die SPD-Fraktion im Gemeinderat traute diesen Informationen nicht und stellte eigene Berechnungen an. Und siehe da, es stellte sich heraus, daß maximal 28 Kinder im Herbst '95 eingeschult werden und deshalb ab Sept. 95 ein Fehlbedarf von bis zu 30 Kindergartenplätzen zu erwarten ist. Die von SPD-Gemeinderat Gartner vorgelegten Zahlen wurden von der

Gemeindeverwaltung überprüft. Dabei kam die Verwaltung zu einem noch etwas schlechteren Ergebnis. Die Berechnungen erfolgten im Zeitraum von Mai - Juli '94. Nun hat es noch bis Dezember '94 gedauert, bis der Gemeinderat endlich handelte. Es

schwer an die Baustelle heranzukommen, so daß eine unauffällige Verzögerung das Mittel der Wahl war.

Fast alle (25) von den 27 übriggebliebenen Kindern werden in der neuingerichteten Notgruppe untergebracht. Der Turn- und Gymnastikraum wird für die Übergangszeit (voraussichtlich mindestens ½ Jahr) als zusätzlicher Gruppenraum benutzt. Auch hierzu war wiederum eine Initiative der SPD-Fraktion vorausgegangen um rechtzeitige Verhandlungen mit der Arbeiterwohlfahrt über die Unterbringung der bis zu 27 Kinder, und vor allem die rechtzeitige Einstellung einer



wurde die Erweiterung des AWO-Kindergartens um eine Gruppe beschlossen. Architekt Trautwein betonte noch im Dezember '94, daß der zusätzliche Gruppenraum bis September '95 fertig sein könne. Inzwischen mußte er bekanntgeben, daß dies frühestens Ende '95 der Fall sein werde; er hatte nämlich 3 Monate gebraucht bis eine eingabefähige Planung vorlag. Bei der Verzögerung dürfte auch das unsinnige Baugebiet "Buchenweg I" ein wesentliche Rolle spielen. Bedingt durch die Baumaßnahmen des Bauträgers Humplmayr (Einheimischenmodell ha!) war bis zum Frühsommer nur

Erzieherin zu veranlassen.

Wäre es nach den Auskünften und unterlassenen Aktivitäten des Bürgermeisters gegangen, so hätten sich alle nach der Einschreibung der Kinder für das neue Kindergartenjahr (im Mai '95), über die vielen Kinder und die wenigen Plätze nur gewundert. Es reicht eben nicht, Herr Bürgermeister, das Wachstum der Gemeinde stark zu forcieren, ohne dabei an die Folgen zu denken und sich vorausschauend mit präzisen Zahlen darum zu kümmern.

VOLKSENTSCHEID AM 01.10.95

DIE MOGELPACKUNG DER CSU!

Das Volksbegehren der Aktionsgruppe "Mehr Demokratie in Bayern" erreichte im Frühjahr einen deutlichen Abstimmungserfolg. In der Gemeinde Finsing wurde das viertbeste Abstimmungsergebnis im Landkreis

erzielt. Ein Zeichen dafür, daß auch bei uns einiges im Argen liegt und echter Mitentscheidungsbedarf besteht. Der Erfolg des Volksbegehrens war von der CSU nicht, und schon gar nicht in dieser Deutlichkeit, erwartet worden. Das zeigte sich schon an den

hektischen und teilweise nervösen Reaktionen der Herren. Daß damit ein Bürgerbegehren/Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene nicht mehr zu verhindern war, das wurde den Herren Stoiber, Glück und Co. sehr bald bewußt. Deshalb haben sie einen

eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, der darauf hinausläuft die neue Waffe der Bürger, eben den Bürgerentscheid, möglichst stumpf, möglichst wirkungslos zu machen.

Ja, die CSU wagt sich dabei sogar in einen verfassungsrechtlich strittigen Bereich, indem durch das sogenannte "Quorum" Enthaltungen zu Nein-Stimmen umfunktioniert werden.

In der Bayerischen Verfassung (Artikel 2, Absatz 2) steht jedoch klar und deutlich "Die Mehrheit entscheidet."

Schon 1948 hatte die CSU versucht auf Landesebene ein Zustimmungsquorum einzuführen.

Laut Gerichtsurteil des Bayerischen Verfassungsgerichtes vom 2.12.49 wurde dieses Zustimmungsquorum aber als verfassungswidrig erklärt. Was auf Landesebene gilt, gilt auch auf kommunaler Ebene.

WAS IST EIN ZUSTIMMUNGSQUORUM?

BEI EINEM 25%-ZUSTIMMUNGSQUORUM IST EINE MEHRHEITSENTSCHEIDUNG IM BÜRGERENTSCHEID NUR GÜLTIG, WENN DIESE MEHRHEIT AUCH GLEICHZEITIG MINDESTENS 25% DER STIMMBERECHTIGTEN AUSMACHT. MACHT DIESE MEHRHEIT NICHT 25% DER STIMMBERECHTIGTEN AUS, DANN IST DAS ZUSTIMMUNGSQUORUM NICHT ERFÜLLT UND DIE MEHRHEITSENTSCHEIDUNG TRITTT NICHT IN KRAFT.

Die Stimmenthaltungen werden damit als Nein-Stimmen gezählt.

Tatsächlich ist eine Stimmenthaltung aber weder eine Nein- noch eine Ja-Stimme. Es ist ein Grundprinzip in der

Demokratie, daß diejeniegn entscheiden, die zur Abstimmung gehen. Eine Wahlpflicht gibt es nicht, jeder hat das Recht auf Stimmenthaltung.

Bei der Anwendung eines Zustimmungsquorums bei landesweiten bayerischen Volksentscheiden, wären fast alle Volksabstimmungen (auch so wichtige Entscheidungen wie "Rundfunkfreiheit", "Herabsetzung des Wahlalters" und "5%-Klausel") gescheitert; bedingt durch eine generell niedrige Wahlbeteiligung bei Volksabstimmungen.

Hätte es für den Volksentscheid auf Landesebene ein Zustimmungsquorum gegeben, so wären fast alle Volksentscheide in Bayern gescheitert!

Die Folgen eines Zustimmungsquorums wären zutiefst anti-demokratisch:

o Bürgerentscheide in größeren Städten werden damit unmöglich

o ein Zustimmungsquorum führt zu Diskussionsboykotten

o wer ein Zustimmungsquorum will, glaubt nicht an die Kraft seiner Argumente

Als i-Tüpfelchen will die CSU den Bürgerentscheid nicht in der Verfassung verankern.

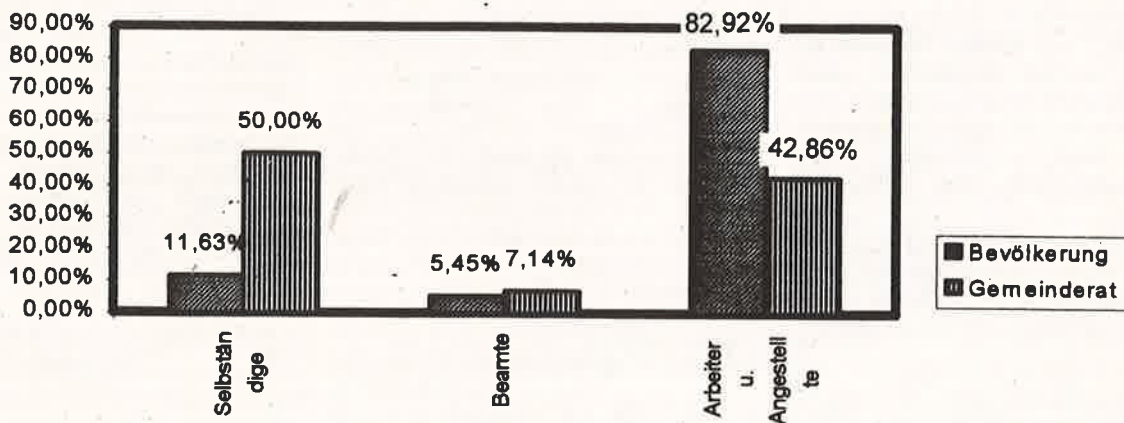
Somit könnte die CSU-Mehrheit im Landtag den Bürgerentscheid nach dem Volksentscheid wieder abschaffen.

Es geht darum was Willy Brandt schon vor über 20 Jahren als Forderung und Auftrag gesehen hat!

WILLY BRANDT: „WIR WOLLEN MEHR DEMOKRATIE WAGEN.“

REPRÄSENTIERT DER GEMEINDERAT DIE BEVÖLKERUNG?

Vergleich der Zusammensetzung von Gemeindebevölkerung und Gemeinderat



Vergleich nach Geschlechtern

Der Gemeinderat besteht aus 13 Männern plus dem Bürgermeister (ebenfalls männlich) und einer Frau. Ein graphischer Vergleich hierzu dürfte sich erübrigen.

Um einen deutlichen Beitrag zur Veränderung solcher Mißstände zu leisten, soll die parteioffene SPD-Kandidatenliste zur Kommunalwahl am 10.März '96, aus 8 Frauen und 8 Männern bestehen, und im Reißverschlußverfahren folgt auf eine Frau jeweils ein Mann.

Fortsetzung von Seite 1: **Gewerbegebiet**

Lange Zeit hatte sich die Mehrheit von der Möglichkeit einer großen Lösung (16ha) mit einer neuen Brücke blenden lassen, ohne die gravierenden Auswirkungen dieser Lösung auf die Gemeindeentwicklung ausreichend zu berücksichtigen.

Als ein Kardinalfehler kommt hier hinzu, daß sowohl der Bürgermeister und das Landratsamt, aber auch die Gemeindeverwaltung, die Wirksamkeit der sogenannten Harmonisierungsregelung völlig falsch ausgelegt haben.

Beweis hierzu, Protokoll zu Besprechung im LRA ED: „H. Thomas (LRA ED) weist darauf hin, daß die Gemeinde und das LRA Erding bei der Begründung zur Harmonisierung einen Denkfehler begangen haben, da sie die verbindliche Forderung (LEP B II 2.6), daß auf der gleichen Planungsebene in der Gemeinde Wohnsiedlungsflächen auszuweisen sind, die ausreichend Wohnraum für den mit den neuen gewerblichen Siedlungsflächen zu erwartenden Bevölkerungszuwachs ermöglichen, nicht beachtet haben.“

Und dies obwohl von H. Räßle (Planungsverband) und auch auf der Bürgerversammlung eindeutig und mehrfach darauf hingewiesen wurde.

DIE HARMONISIERUNGSREGELUNG BEDEUTET, DAB IN ZUKUNFT NUR NOCH GEWERBEGEBIET AUSGEWIESEN WERDEN DARF, WENN GLEICHZEITIG DIE DOPPELTE FLÄCHE DER GEWERBEGEBIETSGRÖÖE ALS WOHNBEBAUUNG AUSGEWIESEN WIRD.

Die Annahme von falschen Tatsachen hat letztlich manchen Gemeinderat dazu verleitet, die große Lösung mit Brücke zwar als Zugeständnis an Isarkies anzusehen, aber damit letztlich das Erschließungsproblem vom Hals zu bekommen.

Fazit: Wäre von Anfang an die Wahrheit in puncto Harmonisierungsregelung gesagt worden, hätte die große Lösung zu keinem Zeitpunkt eine realistische Chance gehabt.

Damit hätte auch viel eher eine klare Linie des Gemeinderates herbeigeführt werden können, die folgendermaßen hätte lauten müssen:

Verwirklichung der kleinen Lösung (bei Zulassung einer GFZ von 0,5 bis 0,7) mitsamt einer neuen Brücke.

Mit dieser klaren und eindeutigen Vorgabe hätten die Verhandlungen von Anfang an geführt werden müssen. Die Gemeinde hätte damit im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit eindeutig festgelegt was sie will, und H. Heinrich und die Fa. Isarkies hätten sich danach zu richten gehabt und nicht mit dem Bürgermeister und dem



GEORG GARTNER: Wir brauchen ein Gewerbegebiet, in erster Linie für einheimische Betriebe, das infrastrukturell angepaßt ist und über einen längeren Zeitraum Gewerbeansiedlung ermöglicht!

Gemeinderat Katz und Maus spielen können. Wäre dies gleich von 1990 an geschehen, wäre auch die Wahrscheinlichkeit für die Grundabtretungen für Brücke und Zufahrt Lösungen zu finden wesentlich höher gewesen.

(Nebenbei bemerkt, wäre durch den Zeitgewinn allein durch die anfallenden Zinsen für die Fa. Isarkies die Brücke bezahlt gewesen.)

Das, und die möglicherweise bewußte Falschinformation in Bezug auf die Wirksamkeit der Harmonisierungsregelung

sind der eigentliche Knackpunkt und Skandal in dieser mißlichen Angelegenheit.

Der Gemeinderat in seiner Mehrheit, aber allen voran der Bürgermeister und das Landratsamt haben hier glatt versagt.

Wie geht es weiter?

Der Bebauungsplanentwurf mit der Erschließung über Herd- und Föhrenweg und einer GFZ von 0,8 (bisher 0,4!!) befindet sich bis 10. August '95 bzw 8.9.95 im Anhörungsverfahren (Die Einspruchsfrist für die Bürger läuft bis 08. September).

Wie eindeutig sich einige Träger öffentlicher Belange gegen die jetzige Planung aussprechen werden und in welcher Zahl Bürgereinsprüche vorliegen werden, war bis zur Drucklegung des "Ohrwurm" nicht bekannt.

Es wäre zu hoffen, daß ein bereits eingeleiteter Umdenkungsprozeß bei einigen Gemeinderäten Platz greift und der GR zu einer Haltung findet, die ein kleingliedriges Gewerbegebiet mit vertretbaren Beeinträchtigungen realisieren läßt.

Mit der jetzt vorliegenden Planung soll ja praktisch die große Lösung auf der kleinen Fläche realisiert werden (durch Verdoppelung der GFZ) und die Lasten sollen auf die Anlieger abgewälzt werden.

Völlig unverständlich ist vor diesem Hintergrund, warum der GR sogar einen Vorschlag der Fa. Isarkies (Schreiben vom 8.11.94) auf Realisierung in 2 Stufen (Freigabe der 2. Stufe nur wenn die Verkehrsbelastung dies zuläßt) abgelehnt hat, und obendrein durch den Verzicht auf 15% Abtretung (als Alternative zum 2 Stufen Modell) den Vorteil durch die GFZ-Verdoppelung vollständig beim Investor belassen hat.

Zwei Gemeinderäte von der „Freie Wählergruppe Neufinsing“ wollten dabei gar wissen, ob denn die Fa. Isarkies jetzt auch noch mit diesem Vorschlag einverstanden wäre; O, wie frei doch so eine „Freie Wählergruppe“ macht ...

Abkürzungen:

*LRA=Landratsamt; **GFZ=Geschoßflächenzahl
***LEP=Landesentwicklungsplan;

Im nächsten Ohrwurm lesen Sie:

o Die Kandidaten der SPD zur Kommunalwahl stellen sich vor
o Einwohnerentwicklung - Wachstum - Nachfolgelasten - Haushaltsprobleme, oder anders ausgedrückt:

Sie erfahren wie man eine Gemeinde kräftig anwachsen läßt (von 2560 auf ca. 3.300 Einwohner, innerhalb von 6 Jahren), und dabei die Rücklagen von einigen Millionen auf Null, voraussichtlich

sogar ins Minus bringt, und die Nachfolgelasten die aus dieser Politik noch entstehen werden, künftig mit Schulden finanzieren muß.

Letzte Meldung: Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen zu hören ist, wird Bürgermeister Krzizok (Freie Wählergruppe Neufinsing) als Kreistagkandidat der CSU auftreten. Unser Kommentar: Erst rot, dann frei, dann schwarz immer schön opportunistisch! Das macht sich gut!!

